

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zutrugen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pfl., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingeladtezeile od. der. Raum 40 Pfl.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: F. A. Kungisch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kungisch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 79.

Dienstag, den 9. Juli 1929.

64. Jahrg.

Krisis in Frankreich.

In Paris ist eine neue Krisis ausgebrochen. Das Kabinett Poincaré befindet sich in großer Bedrängnis. Die sozialistischen Demokraten, die den irreführenden Namen Radikalsozialisten führen, scheinen mit den Sozialisten Einfluß auf die Außenpolitik gewinnen zu wollen und entschlossen zu sein, für den Fall, daß ihrem Programm keine Rechnung getragen wird, die Regierung Poincaré zu stürzen.

In der Kammer herrschte am Freitag fieberhafte Erregung. Nicht nur, daß der Finanzausschuß den Entwurf in der Ratifizierungsfrage aufs höchste gesteigert hat, ein zweites Gewitter zog dadurch herauf, daß der Abgeordnete Dormann, ein Kriegsinvalid, seinen Streit mit dem Innenminister Lardieu zu einer Interpellation umgestaltete. Dormann behauptet feist und fest, mit angelegten Händen, wie der Polizeipräsident Chiappe bei einer Kundgebung der Kriegsteilnehmer von einer Frau geschrieen worden sei. Lardieu bestritt das und drohte mit der Stellung der Vertrauensfrage bei der Beratung der Interpellation.

Einigung auf Kosten der Rheinlandräumung?

Der am Sonnabend abgehaltene Ministerrat prüfte vornehmlich die durch die gleichlautenden Beschlüsse des Kammerauschusses für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten geschaffene Lage. Dem Mehrheitsbeschuß dieser beiden Ausschüsse zufolge sollen die Vorbehalte zu den interalliierten Schuldenabkommen in die Ratifizierungsgeetze selbst eingefügt werden. Die Regierung kam einstimmig zu der Auffassung, den bisher vom Ministerpräsidenten Poincaré vor den Kammerauschüssen dargelegten Standpunkt beizubehalten. Sie erachtet den Vorschlag der beiden Ausschüsse zur Vorbehaltsfrage als unannehmbar und wird bei der Beratung der Ratifizierungsgeetze in der Kammer eindeutig ihre Auffassung zum Ausdruck bringen. Damit will sie es auf einen öffentlichen Austrag des zwischen Regierung und Kammerauschüssen ausgebrochenen Konfliktes ankommen lassen. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Beratung dieser Geetze angesichts der Kürze der bis zum 1. August zur Verfügung stehenden Zeit sobald wie möglich stattfinden sollte. Sie gelangte zu der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten auf keinen Fall sich mit der von den Kammerauschüssen vorgeschlagenen Art der Ratifizierung einverstanden erklären werden.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge rechnet die Regierung wohl auf die Unterstützung der Gruppe Marin, obwohl diese im Augenblick in Presse und Versammlungen einen heftigen Feldzug gegen die Ratifizierung unternimmt. Wenn die republikanische Vereinigung aller Voraussicht nach in ihrer Mehrheit nunmehr zum Umfall bereit ist, so dürfte dieser Stimmungsumschwung als Schachzug gegen die Haltung der Linksparteien zu werten sein, die ihre Zustimmung zu der Ratifizierung von der sofortigen und bedingungslosen Räumung der Rheinlande abhängig machen. Da die Ratifizierung auf alle Fälle mit Unterstützung der Rechten oder Linken erfolgen wird, sucht nun die republikanische Vereinigung, durch eine Änderung ihrer bisherigen Haltung die vorzeitige Rheinlandräumung nach Möglichkeit zu hintertreiben.

Amerika bleibt fest.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die französische Regierung wissen lassen, daß Amerika das Mellon-Berenger-Abkommen nicht ratifizieren werde, wenn Frankreich das Abkommen mit der Kriegsschadensfrage verbinde.

England will rasche Räumung.

Im englischen Unterhaus gab es eine große Debatte über die Außenpolitik. Chamberlain, Englands früherer Außenminister, unterhielt sich vor Beginn der Debatte mit Henderson und erklärte dann, das ganze englische Volk sei einig in der Forderung, daß das Rheinland so bald wie möglich geräumt werden müsse.

In seiner Erwiderung stimmte Henderson der Auffassung Chamberlains zu, wonach nur eine vollständige, gleichzeitige und sobald wie möglich durchzuführende Räu-

mung des Rheinlandes den Zwecken des Friedens diene. Die Rheinlandräumung könne von Deutschland aus Gründen der Billigkeit verlangt werden, da er sich davon habe überzeugen können, daß Deutschland alle Bedingungen erfüllt habe, die für die Sicherheit verlangt worden seien. Eine isolierte englische Räumung würde die deutsche Regierung vielleicht sogar beunruhigen. Die französischen und belgischen Truppen müßten gleichzeitig mit unseren Truppen zurückgezogen werden. Aus der diplomatischen Korrespondenz habe er ersehen, daß auch von französischer und belgischer Seite einer baldigen und gleichzeitigen Räumung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Das Unterhaus könne sich darauf verlassen, daß auf der bevorstehenden Reparationskonferenz jeder mögliche moralische Druck im Interesse einer vollständigen Rheinlandräumung ausgeübt werden werde.

Tagungsort der politischen Konferenz: London.

„Exchange Telegraph“ verbreitet eine Information, wonach bei den Besprechungen zwischen England und Frankreich über Ort und Zeitpunkt der Reparations- und Rheinlandkonferenz die englische Regierung die französische Regierung dahingehend verständigt hat, daß England darauf besteht, daß London als Tagungsort gewählt werden soll, und zugleich die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die Konferenz sobald wie möglich abgehalten werden möge.

Umschau.

Das Preußentorfordat Gesetz. Der Preußische Landtag beendete am Freitag die zweite Lesung des Staatsvertrages mit dem Vatikan. Artikel 1 wurde mit großer Mehrheit, aus der sich nur die Volkspartei und die Kommunisten ausschlossen, angenommen. Artikel 2 wurde nach Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei genehmigt. Die dritte Lesung ist für den Dienstag in Aussicht genommen worden. Ministerpräsident Braun gab namens der Staatsregierung die Erklärung ab, daß die Regierung einmütig auf dem Boden des demokratischen Antrages stehe, nämlich unverzüglich in Verhandlungen mit der evangelischen Kirche zwecks Abschusses von Verträgen einzutreten.

Anbefugte Anwesenheit französischer Pioniere im Saargebiet. In der Saarbrücker Landeszeitung wird mitgeteilt, daß seit Freitag voriger Woche ein französisches Pionierkommando von 18 Mann und 2 Offizieren bei dem Orte Wechern im Kreise Merzig photographische Aufnahmen machte und Vermessungen vornahm. Das Blatt richtete an die Saarregierung die Anfrage, ob sich das Militärkommando dort mit ihrem Wissen und ihrer Genehmigung aufhalte und tätig sei? Wenn ja, wer habe die Genehmigung erteilt und wie rechtfertige die Regierungskommission die vom Völkerbund unterjagte Anwesenheit und Tätigkeit? Wenn nein, was gebente die Regierungskommission zu tun, um 1. die von der Truppe gemachten Ausnahmen an sich zu bringen und die von ihr der Bevölkerung zugefügten Schäden zu ersetzen, um 2. das Militär bald über die Grenze zu schicken und um 3. Genugtuung für die grobe Völkerrechtsverletzung zu erhalten.

Wiederaufleben des Sklavenhandels. Der Völkerbundsjahresbericht Dr. Meijan in Jerusalem hat dem Völkerbund seinen Bericht über das Sklavenwesen und den Negerhandel überhandelt. Das Sklavenwesen erstehe in Arabien, im Sudan und in Abyssinien wieder. Man verkaufe jährlich mehr als 2000 Negerklaven. Im Hedschas bestehe eine Steuer von 300 Frank für jeden Verkauf eines Sklaven. Im Hafen von Dschiddah sei der Sklavenmarkt ganz nahe bei den Konsulaten der europäischen Mächte. Der König Ibn Saud besitze selbst mehrere hundert Sklaven, die seine Ländereien bearbeiten. Der Durchschnittspreis eines Sklaven betrage ungefähr zweitausend Mark. Der Preis für junge Negerinnen sei bedeutend höher. Der Preis für alte schwache zwischen 400 und 800 Mark. Auf dem Gebiete des Jemen sei die Sklaverei derart verbreitet, daß die Zahl der Sklaven schon größer sei als die der freien Männer. Jeder Mohammedaner besitze mindestens einen Sklaven.

Die Reichsreform im Werden.

Berlin, 7. Juli 1929. Amtlich wird mitgeteilt: Am 5. und 6. Juli 1929 berieten unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Severing die beiden Unterausschüsse der Länderkonferenz über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern sowie die Organisation der Länder und den Einfluß der Länder auf das Reich. Zugrunde lagen der Behandlung der Organisationsfrage das Gemeinschaftsreferat von Brecht (Preußen), Boehsch-Heffter (Sachsen), Volz (Württemberg), Peterßen (Sachsen) und der Zuständigungsabgrenzung das Gemeinschaftsreferat von Koch-Weiser (Reich), Brecht (Preußen), Kemmele (Baden), Horion (Rheinprovinz), ferner zu letzterem Fragenkreise die Referate von Held (Bayern) und Kemmele (Baden). Über beide Fragenkreise fand eine eintägige Generaldebatte statt. Daran schloß sich eine Spezialdebatte über die Zuständigkeitsverteilung. In ihr wurden verschiedene Abänderungsvorschläge mit wechselnden Mehrheiten teils angenommen, teils abgelehnt. So war das

Stimmenverhältnis für einen Übergang der Justizverwaltung auf das Reich 6 zu 5.

In der Gesamtstimmung wurde das Gemeinschaftsreferat mit 9 zu 2 Stimmen angenommen. Seine neue Fassung wird demnächst veröffentlicht.

Russischer Beeinflussungsversuch im Dokumentenfälscherprozeß Orloff? Im Dokumentenfälscherprozeß Orloff in Berlin gab es am Sonnabend eine Sensation. Der Verteidiger Fuchs gab eine Erklärung ab, in der es heißt: „Der hier anwesende Vertreter der Sowjetbotschaft hat in einer Unterredung mit dem von der Verteidigung geladenen Sachverständigen Dr. v. Bog diesem gedroht, wenn sein Gutachten ungünstig für die Sowjetregierung ausfalle, so werde die Sowjetregierung dies gewissermaßen als Kriegserklärung betrachten und ihre Konsequenzen ziehen. Ich weiß, so fährt der Verteidiger fort, daß die Prozeßbeteiligten immun sind gegen den Bazillus bolschewistischer Terrors, aber ich bitte doch den Vorsitzenden, solche Versuche von Sowjetseite, in den Gang der deutschen Rechtspflege einzugreifen, entschieden zurückzuweisen. Ich bitte daher um den Schutz des Gerichtes für den Sachverständigen v. Bog.“ Dr. v. Bog äußerte sich darauf wie folgt: „Das Gespräch mit dem Presschef der Sowjets geschah nicht während des Prozesses, sondern vor Beginn des Prozesses. Ich besuchte den Presschef Stern und fragte ihn, ob er mir von seiten der Sowjets Material für mein Gutachten zu geben habe. Darauf erwiderte mir Herr Stern: Die Regierung der Sowjets, oder wie er sich ausdrückte, wir betrachten Ihr Auftreten in dem Prozeß als Gutachter als einen feindseligen Akt. Das Wort Kriegserklärung hat er nicht gebraucht. Als ich ihm daraufhin erklärte, daß er mich dadurch unter einen unerlaubten Druck setze, weil ich in meiner beruflichen Tätigkeit auf die Unterstützung der Sowjets angewiesen bin, versuchte er, mich auf ein bestimmtes Gutachten festzulegen. Ich lehnte auch das unter Hinweis auf meine Pflicht und mein Gewissen ab. Dr. v. Bog knüpfte an diesen Bericht folgende Betrachtung: Ich sehe in diesem Verfahren des Herrn Stern den Versuch eines Gewissenszwanges und einer unerlaubten Einmischung der Sowjetbehörden in ein deutsches Gerichtsverfahren. Ich erwarte, daß die Sowjets ihren Presschef desavouieren und ihm nicht ferner gestatten werden, das Amt eines Presschefs in Deutschland auszuüben.“ Der Presschef Stern, der der Verhandlung beiwohnte, erklärte, daß er ohne Ermächtigung seiner vorgelegten Dienststellen keine Erklärung abgeben dürfe.

Aman Allah in Marseille. Exkönig Aman Allah von Afghanistan, der Sonnabend an Bord eines englischen Dampfers in Marseille eingetroffen ist, war von seiner gesamten Familie, also der Exkönigin, der Königinmutter, seinen fünf Söhnen und drei Töchtern sowie von einem fünfzehnköpfigen Gefolge begleitet. Er wird zwei bis drei Tage in Marseille bleiben und dann nach Rom reisen. Die Nachrichten, daß Aman Allah völlig verarmt sei, treffen nicht zu. Er ist im Besitz einer hohen Summe.